



# Zivilgesellschaftliche Herausforderungen

Nach der Katastrophe von Weltkrieg und Holocaust gilt Deutschland heute als ein Musterbeispiel für eine gelungene Demokratisierung. Diesen Wandlungsprozess beschreibt der deutsch-amerikanische Historiker Konrad H. Jarausch in seinem Buch/Studie „Die Umkehr“. Neu ist auch seine Zusammenschau der Nachkriegsgeschichte beider deutschen Staaten 1990.

## Aus Teil III - Unerwartete Überfremdungskrise

Auszug Seite 325 - 329

„Die Unterlassungssünden einer illusionären Migrationspolitik sollten sich bitter rächen, als Ende der achtziger Jahre die ethnische und fremde Zuwanderung explosionsartig zunahm. Solange der Eisernen Vorhang den Zustrom von volksdeutschen Aussiedlern und von DDR-Übersiedlern auf jeweils etwa 25 000 pro Jahr begrenzte, funktionierten die Integrationsprogramme noch. Solange der Wanderungssaldo der Gastarbeiter mittelfristig ausgeglichen war und die Asylbewerberzahlen einhunderttausend pro Jahr nicht überstiegen, blieb die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik bei etwa 4,5 Mill. konstant. CDU/CSU Politiker durften weiterhin die ethnische Rückwanderung begrüßen und „nationale Interessen“ vertreten, während grüne Sprecher den völkischen Zuzug ablehnen und eine multikulturelle „offene Politik“ für Flüchtlinge aus aller Welt verlangen konnten. Als allerdings mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Ausbruch von Bürgerkriegen die Zahlen von DDR-Flüchtlingen, ethnischen Rückkehrern, Asylanten und nachziehenden Familienangehörigen gleichzeitig anstiegen, setzte eine neue Wanderungswelle ein, die alle Abwehrmaßnahmen überwältigte und eine akute Krise auslöste.

Den Anfang machte der Massenexodus aus der DDR, dessen elementarer Druck schließlich die Systemgrenze des Kalten Krieges überwand. Obwohl die SED 1984 etwa 40 000 Bürger ausreisen ließ, nahmen die Anträge derer, die aus ökonomischen und politischen Gründen in den Westen übersiedeln wollten, nach 1987 drastisch zu. Die DDR versuchte teils durch Diskriminierung, teils durch Überredung die Antragsteller zum Bleiben zu bewegen, was den Ausreisewunsch aber eher verstärkte. Die Öffnung des Eisernen Vorhangs in Ungarn führte zur ersten Massenflucht im Sommer 1989, die Versuche zur Unterbindung weiterer Ausreise inspirierten Botschaftsbesetzungen und ihre humanitären Folgeprobleme erzwangen die Ausreisezüge. Die durch Massenflucht ausgelöste Torschlußpanik machte die Ausarbeitung einer neuen Reiseverordnung von Seiten der SED notwendig, deren vorschnelle Ankündigung die Maueröffnung bewirkte. Dieser Flüchtlingsstrom brachte zwischen Juli 1989 und Juni 1990 - 518 000 offiziell gezählte DDR-Bürger nach Westdeutschland. Zwar gab es anfangs „Luftballons für die Landsleute von drüben“, aber da ihre Eingliederung viel Geld kostete, braute sich eine gefährliche Mischung aus „Missgunst und Existenzangst zusammen“.

Fortgesetzt wurde der Ansturm durch den dramatischen Anstieg der Aussiedlerzahlen wegen der Aufhebung administrativer Reisebeschränkungen im Ostblock. Eine ältere Russlanddeutsche konstatierte: „Nur der Politik von Gorbatschow haben wir unsere Ausreise zu verdanken.“ Mit dem Kollaps des Kommunismus schwanden gegen Ende der achtziger Jahre die Migrationsbarrieren in denjenigen Ländern Ostmitteleuropas, die noch erhebliche deutsche Minderheiten beherbergten. Zwar hatte die Ostpolitik schon in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre einen jährlichen Zuzug von etwa fünfzigtausend Aussiedlern vor allem aus Polen und Rumänien ermöglicht, aber 1988 schwoll der Strom auf 203 000 an, und im Krisenjahr von 1989 verdoppelte er sich noch einmal auf 397 000, da er nun auch Russlanddeutsche erfasste. Der lang gehegte Wunsch, endlich in Sicherheit mit anderen Deutschen zu leben, fegte alle Bedenken hinweg: „Wir wären auch zu Fuß gegangen“. Jedoch verursachte der Anspruch dieser ethnischen Remigranten auf schnelle Einbürgerung erhebliche Kosten, da die Kinder kaum noch Deutsch sprachen und die aus

ländlichen Gebieten stammenden Aussiedler unterstützt werden mussten, bevor sie eine entsprechende industrielle Arbeit fanden.

Besonders unter den selbst mit Schwierigkeiten kämpfenden Einheimischen kippte die Stimmung aufgrund der zahlreichen Eingliederungshilfen für DDR-Flüchtlinge und Aussiedler. Notwendige Überbrückungsgelder, Wohnungsdarlehen und Arbeitslosenhilfen weckten Sozialneid: „Die deutschen Stammtische sind sich weitgehend einig: Diese Menschen nehmen uns unsere Arbeitsplätze, unsere Wohnungen, unsere Rente, unser Geld.“ Da die „Angst vor neuen Konkurrenten“ zwei Drittel der Bevölkerung erfasste, halfen auch keine wohlgemeinten Appelle der Regierung für „höhere Akzeptanz für Aussiedler (z.B. Polen Russlanddeutsche). Vor allem linke Politiker Oskar Lafontaine schürten solche Ressentiments und verlangten eine Reduzierung des Zuzugs und eine Verringerung der Sozialleistungen.

Obwohl die liberalkonservative Regierung die ethnische Remigration begrüßte, sah sie sich gezwungen, durch administrative Maßnahmen wie die bessere Verteilung der Aussiedler und die Kürzung von Eingliederungshilfen die Aussiedlung weniger attraktiv zu machen. Um den Andrang irgendwie Herr zu werden, verlangte sie durch ein neues Aussiedleraufnahmegesetz von 1990 die Beantragung der Einreise im Herkunftsland, wodurch sich die Zahl im folgenden Jahr auf 221 000 halbierte.

Seinen Höhepunkt erreichte der Andrang durch steigende Bewerbungen der Asylanten, die teils der politischen Verfolgung in ihrer Heimat entkommen, teils ein besseres Leben in Deutschland anfangen wollten. Die Unterdrückung der Tamilen in Sri Lanka, die Repression der Kurden in der Türkei und den Nachbarländern, die ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien lösten jeweils neue Flüchtlingsströme aus. Während frühere Zuzüge noch durch Einführung der Visumpflicht verringert werden konnten, stiegen die Bewerberzahlen zwischen 1983 und 1992 um mehr als das Zehnfache von zwanzigtausend auf 438 000 pro Jahr an! Auch mit einer drastischen Senkung der anfangs vier Fünftel betragenden Anerkennungsquote auf unter ein Drittel konnten die überforderten Behörden diesem Ansturm nicht standhalten. Vor allem rechte Politiker wie Alfred Dregger wetterten gegen die „Scheinasyllanten“ und den „Asylmißbrauch“ von „Wirtschaftsflüchtlings“, denen vor der Aufenthaltsbescheinigung die Arbeit verboten war. Die Lager schwollen an, weil die Bearbeitung der Anträge immer mehr Zeit verlangte, abgelehnte Bewerber Rechtsmittel einlegten und nach endgültiger Absage weiter geduldet wurden, so dass die Abschiebequote nur etwa ein Fünftel der Fälle erreichte.

Weil auch der Nachzug der Familienangehörigen der bereits in Deutschland lebenden Ausländer weiter wuchs, überlagerten sich diese unterschiedlichen Menschenströme zu einer großen Migrationswelle, die verbreitet Panik auslöste. Zeitungen schürten die Angst mit Meldungen wie „Deutschland nahm 1989 die meisten Ausländer auf“ und „In diesem Jahr 800 000 Menschen in die Bundesrepublik“. Die Zahl der Zuzüge der als Ausländer Ausgewiesenen erreichte im Jahre 1992 erstaunliche 1,558 Millionen, so dass trotz erheblicher Abgänge ein positiver Wanderungssaldo von 822 000 Neuankömmlinge im Lande verblieb. Für die betroffenen Kommunen war dies eine mittlere Katastrophe, denn trotz einiger Bundesprogramme blieben die meisten Kosten für ethnische Aussiedler wie fremde Asylanten auf ihrer Sozialhilfe hängen. Weil Großstädte, Stadtstaaten und stark industrialisierte Bundesländer die höchste Rate an Ausländern aufwiesen, bestanden sie auf einer breiteren Verteilung in die Flächenländer, wodurch anders aussehende und nicht deutschsprachige Ausländer in Kleinstädte verlagert wurden, die keinerlei Erfahrungen im Umgang mit Fremden hatten. Auch länger Ansässige bemerkten eine Verschlechterung des Klimas: „Man spürt stärker, dass man unerwünscht ist.“

Die Regierung reagierte auf die Alarmmeldungen mit einer widersprüchlichen Novellierung des Ausländergesetzes, die von Innenminister Wolfgang Schäuble im Frühjahr 1990 durchgesetzt wurde.

Ziel des Entwurfs war einerseits die Eindämmung des Zuzugs durch „eine Verschärfung des Asylrechts“, andererseits die Förderung der Eingliederung von Ausländern durch die Umwandlung der konditionellen „Aufenthaltsgenehmigung“ in eine sicherere „Aufenthaltsberechtigung“. Während die CSU Einschränkungen der Aufenthaltserlaubnis und des Familiennachzugs forderte, verlangten Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände eine Ausweitung der Rechtssicherheit für Ausländer und eine Liberalisierung der Zuzugsregelungen. Zum ersten Male protestierten vor allem türkische Ausländer, bei denen die Vereinigung einen „Bewusstseinschub“ ausgelöst hatte, in bundesweiten Aktionen selbst gegen Verschlechterungen ihrer Aufenthaltsbedingungen. Das neue Ausländergesetz vom April 1990 war daher ein paradoxer Kompromiss, der zwar kleine Fortschritte bei der Aufenthaltsverfestigung und Einbürgerung brachte, aber weiterhin darauf ausgerichtet war, „den Zuzug von Ausländern zu begrenzen, weil es Grenzen der Integrationsfähigkeit gebe“.

In einer sich dennoch allein gelassen gefühlenden Minderheit der Bevölkerung verbreitete sich indessen eine hässliche Fremdenfeindlichkeit, die sich in nationalistischen Hetzparolen äußerte. Eine Umfrage des Leipziger Instituts für Jugendforschung im Sommer 1991 entdeckte einen „Abgrund von Fremdenhass“ in Ostdeutschland, da sie bei fünfzehn bis zwanzig Prozent der Befragten eine „geschlossene autoritär-nationalistische Einstellung“ feststellte. So stimmten vor allen bei Lehrlingen 46 % der Forderung „Ausländer raus“ zu, 54 % lehnten die Türken ab und 70% glaubten, „es gebe so viele Ausländer“. Ebenso erschreckend war das Ergebnis einer Befragung der Berliner, bei der sich zwar die Mehrheit als tolerant erwies, von denen aber ein Drittel in Ost und West „die Gefahr einer Überfremdung“ beklagte. Dabei spielten ostdeutsche Orientierungslosigkeit und Unterlegenheitsgefühle eine Rolle, jedoch die „stille Duldung“ nationalistischer Exzesse war im Westen ebenso verbreitet. Eine weitere Repräsentativumfrage vom September 1992 fand eine „immer breitere Zustimmung“ ausländischerfeindlicher Ansichten. Jeder vierte Bundesbürger befürwortete die Parole „Ausländer raus“ und über die Hälfte stimmte der Devise „Deutschland den Deutschen“ zu.

Die grassierende Xenophobie führte bald zu Ausbrüchen von Gewalt, deren Eskalation eine tödliche Dynamik entwickelte. Relativ harmlos noch waren die nächtlichen Schmierereien von Hetzparolen wie „Deutschland-Power“ und von Hakenkreuzen an Häuserwänden. Hässlicher waren dagegen die alltäglichen Pöbeleien und „verbalen Beschimpfungen“ von leicht identifizierbaren farbigen Ausländern, da sie vor allem in der Dunkelheit deren Bewegungsfreiheit einschränkten. Noch schlimmer waren die sich daraus entwickelnden tätlichen Angriffe auf einzelne Fremde, die rauschartigen Hetzjagden des „Neger-Aufklatschens“, die oft über „eine solide Tracht Prügel“ hinausgingen und bleibende Behinderungen bei ihren Opfern hinterließen. Am gefährlichsten waren die organisierten Überfälle auf Ausländerwohnungen und Asylantenheime, bei denen nicht nur mit Steinen die Fensterscheiben zertrümmert, sondern auch mit Molotow-Cocktails die Gebäude in Brand gesteckt wurden. Wenn die Sicherheitskräfte tatsächlich anrückten oder sich Ausländer selbst kollektiv zur Wehr setzten, brachen regelrechte Strassenschlachten aus, wobei „sympathisierende Zuschauer“ oft die Wiederherstellung der Ordnung behinderten.“

Auszug Seite 344 Abs.2

Während sich Politiker darüber stritten, ob Deutschland „ein weltoffenes Land“ sei, war seine numerische Aufnahmeleistung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erstaunlich. Wenn man die Remigration der Vertriebenen, DDR-Flüchtlinge und Spätaussiedler berücksichtigt, „so zeigt sich, dass etwa ein Drittel der Wohnbevölkerung der Bundesrepublik des Jahres 1989 seit 1945 zugewandert war“. Auch wenn man sich auf die „Ausländer“ im politischen Sinne beschränkt, so zählte das statistische Bundesamt zwischen 1959 und 1999 etwa 30 Millionen Zu- und 21 Millionen Abwanderer, was einen Wanderungsgewinn von 9 Millionen ausmachte. Die unterschiedlichen Ströme der Gastarbeiter mit ihren Familien, unter Kontingenten zugelassenen Bürgerkriegsflüchtlinge, Wellen von Asylbewerbern und Arbeitsmigranten innerhalb der EU addierten sich um das Jahr 2000 zu fast 9 % der Wohnbevölkerung der Bundesrepublik. Im internationalen Vergleich bestand das spezifisch deutsche Problem dieser Migration daher in der Mischung massiver ethnischer und fremder Zuwanderung. Aber eine von Eigeninteresse geleitete Steuerung erwies sich als unmöglich, solange weite Teile der Öffentlichkeit die Frage „sind wir ein Einwanderungsland?“ weiterhin verneinen. Als „moderne Zivilisation“ benötigt die Bundesrepublik ebenso Toleranz für kulturelle Differenz wie eine konsequente Politik der Eingliederung.“

## Implikationen des Umbruchs

„Anderthalb Jahrzehnte nach 1989/90 bleibt die Bedeutung dieser Zäsur in der Öffentlichkeit wie der Wissenschaft umstritten. Die Unsicherheit in der Beurteilung liegt nicht nur an der geringen zeitlichen Distanz, der Asymmetrie ihrer Konsequenzen für Osten und Westen und den habituellen Selbstzweifeln der Intellektuellen, sondern auch an der Komplexität der Ereignisse selbst. Schon die Bezeichnung des Umbruchs ist ungewiss. War der Sturz der Gerontokraten nur eine „Wende“ der SED-Politik, ein Zusammenbruch des kommunistischen Systems oder eine wirkliche Revolution? Auch die Ursachen der Veränderungen werden disputiert: Kam der Anstoß von innen, aus den langfristigen Strukturproblemen sowie der kurzfristigen Krise der DDR oder war der Auslöser eher die internationale Entwicklung, die Detente zwischen den Großmächten sowie die Dissidentenbewegung in den östlichen Nachbarstaaten? Schließlich sind die Implikationen der Vereinigung für die Entwicklung der deutschen Zivilgesellschaft kontrovers: Ist die Rückkehr des Nationalstaats eine echte Bedrohung für die zwischenzeitlichen Zivilisationsfortschritte oder bedeutet sie dagegen ein Ende des langen antiwestlichen Sonderweges?

Beim demokratischen Aufbruch scheint die Antwort weitgehend positiv zu sein, denn bei Vorbereitung, Verlauf und Auswirkung spielte die Wiederbelebung der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle. Die in kleinen Gruppen, informellen Netzen und zaghaften öffentlichen Aktionen entstehende Oppositionsbewegung der DDR verstand sich in Übernahme dieses Begriffs von den östlichen Nachbarn als zivilgesellschaftliche Herausforderung für die SED-Diktatur. Auch wenn der Massenexodus relativ spontan verlief, waren die Großdemonstrationen des Herbsts 1989 von konkurrierenden Gruppierungen einer Bürgerbewegung dominiert, die ein klassisches Beispiel für gesellschaftliche Selbstorganisation gegen ein repressives Regierungssystem bieten. Ihren Höhepunkt erreichte diese eindrucksvolle Mobilisierung unzufriedener Bürger in der Erzwingung einer Machtteilung am Runden Tisch. Allerdings leitete die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 eine Kanalisierung des Protests in parlamentarische Formen ein, die der Euphorie revolutionärer Basisaktionen durch Übertragung des westdeutschen Systems ein Ende machte. Die individuelle Meisterung des dadurch ausgelösten Systemwandels absorbierte dann alle Energien, so dass für die Beteiligung der Bürger nach 1990 nur wenig Raum übrig blieb.

Bei der Vereinigung ist das Bild schon widersprüchlicher, da der Beitritt zur Bundesrepublik notwendigerweise einen gewissen Verlust ostdeutscher Selbstbestimmung mit sich brachte. Die nachrevolutionäre Tristesse der Bürgerrechtler unterschlägt jedoch, dass der Einheitswunsch aus dem Osten kam, bevor er von der Kohl-Regierung akzeptiert und international durchgesetzt wurde. Auch gewannen die Neubürger mit dem Grundgesetz eine Rechtsordnung, die gesellschaftliche Selbstorganisation ausdrücklich befürwortet, obwohl sie mehr auf eine repräsentative Demokratie als auf direkte Bürgerbeteiligung hinzielt. Zwar ist die Enttäuschung der Bürgerbewegung verständlich, da nach dem Kollaps der SED-Massenorganisationen nicht ihre Neugründungen, sondern etablierte westdeutsche Organisationen wie die Gewerkschaften neue ostdeutsche Mitglieder gewannen. Aber durch die Assoziationsfreiheit konnten die Ostdeutschen wieder an eigene verschüttete Traditionen anknüpfen, was in der Rückbenennung von Sportvereinen deutlich wurde. Obwohl der Westen manchmal übermächtig erscheint, hat die Vereinigung auch neue Möglichkeiten der Selbstbestimmung für den Osten geschaffen, die noch zu wenig genutzt werden.

Beim Umgang der Deutschen mit den Ausländern ist dagegen der Eindruck überwiegend negativ, denn fremdenfeindliche Gewaltausbrüche widerlegen selbstgefällige Behauptungen von multi-kultureller Zivilität. Zwar hat die deutsche Gesellschaft gegenüber Millionen von ostdeutschen Flüchtlingen, Spätaussiedlern, Asylanten und Bürgerkriegsflüchtlingen eine enorme Aufnahmeleistung vollbracht. Aber der verbreitete Fremdenhass zeigt die negative Seite der Abgrenzungsbemühungen von sozial schwachen Kreisen, die durch Parolen rechtsradikaler Parteien, konservativer Politiker und neonazistischer Jugendlicher verunsichert werden. Trotzdem sind auch in diesem Bereich einige positive zivilgesellschaftliche Entwicklungen zu konstatieren:

Einerseits sind Lichterketten für Toleranz, Bündnisse gegen Fremdenfeindlichkeit und Gruppen wie Pro Asyl ein Ausdruck von gesellschaftlicher Mobilisierung für Weltoffenheit. Andererseits zeigt auch die steigende Organisierung der türkischen Subkultur die Möglichkeiten von Selbstartikulation diskriminierter Minderheiten. Das unter großen Mühen doch noch zustande gekommene Einwanderungsgesetz ist daher ein widersprüchlicher Kompromiss zwischen Verteidigung innerer Interessen und äußerer Offenheit, in Rita Süßmuths Urteil: „Wir öffnen die Tür einen Spalt“.

In gewisser Weise hat der Umbruch von 1989/90, wie Timothy Garton Ash bemerkt hat, einige Grundprobleme, die schon in der Revolution von 1848 diskutiert wurden, neu aufgeworfen. Der Kollaps des Kommunismus hat wieder die Frage der Vereinigung von bürgerlicher Freiheit mit einer adäquaten sozialen Absicherung gestellt, die allerdings, nach den Ergebnissen von Umfragen zu urteilen, im Westen eher in ersterer und im Osten eher in letzterer Richtung beantwortet wird. Das Ende der Teilung hat das Problem der Neukonstituierung eines demokratischen Nationalstaats für ein geteiltes Volk geschaffen, ohne dadurch die Schrecken eines überzogenen Nationalismus wiederzubeleben. Die unerwartete Verwandlung der Bundesrepublik in ein Einwanderungsland hat die Gesellschaft mit der Aufgabe eines zivilen Umgangs mit den Fremden konfrontiert, ohne damit eine „feindselige Normalität“ der Verachtung von Differenz zu begründen. Nach dem Versagen der Weimarer Republik hat die erweiterte Bundesrepublik nun gleichsam eine „zweite Chance“ erhalten, für solche Dauerprobleme eine überzeugende, von der Mehrheit der Bevölkerung und ihrer Nachbarn akzeptierte Lösung zu finden.

Bei der Meisterung dieser Schwierigkeiten können die Deutschen jedoch auf eine Reihe positiver Erfahrungen, die durch die Umwälzung von 1989/90 bestätigt wurden, zurückgreifen. Auch wenn sie in manchen ostdeutschen Kreisen noch nicht vollständig ist, so hat doch die Entzauberung der sozialistischen Utopie durch die realsozialistische Praxis einen grundlegenden Bruch mit dem Kollektivismus bewirkt, der das Verständnis für individuelle Menschenrechte vertiefen müsste. Gleichzeitig hat das auf der Teilung beruhende postnationale Selbstverständnis der alten Bundesrepublik die Voraussetzungen für die Etablierung eines „postklassischen“ Nationalstaats geschaffen, der gefährliche Rückfälle in einen aggressiven Nationalismus verhindern sollte. Schließlich hat die Furcht vor der Vergreisung aufgrund des Geburtendefizits zu einem realistischen Umgang mit dem Problem der Einwanderung geführt, das positive Erlebnisse mit Fremden als eine kulturelle Bereicherung empfinden könnte. Die zentrale Herausforderung, die sich aus der „unverhofften Einheit“ ergibt, ist daher die zivilisatorische Zähmung des wiedergewonnenen Nationalstaats nach westlichen Vorbild. „

**Quelle und Autor:** Publikation „Die Umkehr“ Deutsche Wandlungen 1945 – 1995 von Konrad Jarausch, Bonn 2004 Deutsche Verlags-Anstalt München 500 Seiten, ISBN 3- 89331-581-0  
Link zum Studie/ Bucherwerb : <http://www.weltbild.de/3/14169401-1/buch/die-umkehr.html>  
Auch erhältlich über [www.bpb.de](http://www.bpb.de) Schriftenreihe Band 469

Zusammengestellt bezüglich Aufarbeitung für SED-Opfer und weiterer Interessierten zur DDR-Geschichte – März 2011 von [sed-opfer-hilfe.de](http://sed-opfer-hilfe.de) ( Auszüge Seiten 325-329, 344 Abs.2, 347-350)